

19. November 2010

Pressemitteilung
„Digitale Agenda“ für Bad Soden –
CDU für zukunftsfähigen Ausbau der Breitbandversorgung

Die CDU-Fraktion in der Bad Sodener Stadtverordnetenversammlung wird in die kommende Sitzung des Parlaments einen Antrag zum Ausbau der Breitbandversorgung in allen Stadtteilen einbringen. „Der Antrag verlangt in einem ersten Schritt eine Analyse und Bewertung der aktuellen realen Versorgungslage im Stadtgebiet. In einem zweiten Schritt soll darauf aufbauend ein Projektplan erarbeitet werden, der sicherstellt, dass in Bad Soden, Neuenhain und Altenhain in den nächsten fünf bis zehn Jahren eine zukunftssichere Breitbandinfrastruktur geschaffen wird. Dies soll gemeinsam mit den auf Landes- und Kreisebene geschaffenen Initiativen zum Breitbandausbau geschehen, deren Kompetenz bei dieser Aufgabe genutzt werden sollte“, fasst Fraktionsvorsitzender Dr. Frank Blasch die Grundintention des Antrags zusammen.

Der Antrag ist dabei nicht auf konkrete Geschwindigkeiten oder Technologien festgelegt. Diese werden sich im Laufe der Konkretisierung der Gespräche noch ergeben. Als Anhaltspunkt ist die „Strategie für die digitale Zukunft Deutschlands“ der Bundesregierung zu nennen. Demnach soll im Jahr 2020 eine Versorgung von 100% der Haushalte mit mindestens 30 MBit/s sowie 50% der Haushalte mit über 100 MBit/s erreicht sein. Dazu äußert sich der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Felix Fischer: „Um diese hochgesteckten Ziele zu erreichen, ist es wichtig, jetzt die Weichen für die nächsten Jahre zu stellen. Die Breitbandversorgung ist ein wesentlicher Standortfaktor und notwendiger Bestandteil einer modernen städtischen Infrastruktur. Sie hat zunehmenden Einfluss auf unternehmerische und private Standortentscheidungen und trägt maßgeblich zur Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger in einer globalen Welt bei.“

Aufgrund der langfristigen Ausrichtung dieser Planungsentscheidungen sieht der Antrag eine regelmäßige Unterrichtung des Ausschusses für Planung, Bau, Umwelt und Verkehr über den Stand der Planungen bzw. die angestrebte Zielerreichung vor. „Eine regelmäßige Information und Beratung ist in Anbetracht der Langfristigkeit des Projektes unerlässlich, damit rechtzeitig notwendige politische Entscheidungen getroffen werden können“, so Bauausschussmitglied Arwed Gamer.